



Mildbader Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung
 Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
 und das obere Engtal

Ercheit täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Belegpreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande 1.30 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: R. 50 bei der Oberamtskanzlei Krenndorf, Zweigstelle Wildbad. — Anzeigen: Engelhardt & Co., Wildbad; Hirschmann & Co., Wildbad. — Postkontos 201 74 Stuttgart.
 Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt die stündliche 16 mm breite Zeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 8 Pf.; im Restteil die 20 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 7 Uhr abends. — In Konkreten oder wenn gerichtliche Beweismittel notwendig sind, ist jede Nachlassgewährung weg.
 Druck, Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 54, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Partei und Gemeinden

Das Mitwirkungsrecht der Beauftragten der NSDAP.

Die Bedeutung der unlängst erlassenen deutschen Gemeindeordnung besteht in erster Linie darin, daß sie das erste systematische Gesetz zur Reichsreform ist. Sie ist, um ein Wort Görings zu gebrauchen, die Keimzelle des nationalsozialistischen Staates schlechthin, denn auf ihr werden sich im Zuge der Reichsreform mehr oder minder alle Gesetze aufbauen, durch die der neue Staat geformt werden soll. Diese Feststellung ist umso beachtenswerter, als dadurch zugleich die Unterscheidung vom faschistischen System Italiens gegeben wird. Dieses kennt keine Selbstverwaltung, die italienischen Bürgermeister sind nicht Beamte, sondern Kommissare des Staates, die jederzeit und ohne Angabe von Gründen veretzt oder abberufen werden können.

Der neue Staat hat bewußt den Gedanken der Selbstverwaltung beibehalten, ihn aber selbstverständlich nach seinen Grundzügen vollkommen neu formuliert. Oberbürgermeister Dr. Weidemann, Halle, hat unlängst in einem Vortrag in Hannover darauf verwiesen, daß heute ein Gegensatz zwischen Staat und Gemeinde einerseits und Partei andererseits einfach undenkbar sei. Der Staat sei die politische Lebensform, die Partei der politische Willensträger des Volkes. Da ein starker Staat ohne die starke Partei unmöglich sei, seien beide unlösbar miteinander verbunden. Das Gleiche gälte von dem Verhältnis von Gemeinde und Partei. Irreguläre Eingriffe seien künftig völlig ausgeschlossen, denn sie würden sonst den Tod jeglicher Verwaltung bedeuten.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus gewährt die neue deutsche Gemeindeordnung zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat auch in der Gemeindeverwaltung den Beauftragten der NSDAP, ein durch die Bestimmungen des Gesetzes genau umrissenes Mitwirkungsrecht. Dabei ist aber noch ein weiterer Gesichtspunkt berücksichtigt worden. In den höchsten Stellen der Verwaltung besteht zwischen Staat und Partei Personalunion mit den Führerstellen. So ist z. B. der Stellvertreter des Führers in der Partei gleichzeitig Mitglied des Reichskabinetts. In den Reichsstatthalter- und Oberpräsidentenstellen befinden sich zum größten Teil die Gauleiter. Die Fortsetzung einer derartigen grundsätzlichen Personalunion in der Gemeindeverwaltung und den Untergliederungen der Partei würde aber, wie bereits Reichsleiter Fiedler und Oberbürgermeister Weidemann auf dem Reichsparteitag 1934 ausführten, den Interessen des Staates nicht dienen, sie könnte sogar auf die Dauer für die Partei von schwerem Nachteil sein. Partei und Staat suchen sich ihre Männer nach ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus. Ein ausgezeichneter Ortsgruppen- oder Kreisleiter ist aber nicht notwendigerweise gleichzeitig auch ein Verwaltungsbeamter, der den hohen Anforderungen an Wissen und Können gerade in der Gemeinde ohne weiteres genügt.

Hier setzt nun die Gemeindeordnung bewußt ein. Der Einfluß der Partei zeigt sich in erster Linie auf dem Gebiet der Personalpolitik. Deswegen wirkt der Beauftragte der NSDAP, vor allem bei der Berufung und Abberufung des Bürgermeisters, der Beigeordneten und Gemeinderäte mit. Das Gesetz schreibt vor, daß er bei der Auslese der Bürgermeister und Beigeordneten das Vorschlagsrecht besitzt und beim Erlaß der Hauptsatzung, des Verfassungsgrundgesetzes jeder Gemeinde und bei der Verlesung, Aberkennung von Ehrenbürgerrechten und Ehrenbezeichnungen seine Zustimmung eingeholt werden muß. Der Beauftragte der NSDAP ist jedoch nicht Gemeinderat. Das ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß zum Amtskreis beispielsweise eines Kreisleiters eine ganze Reihe von Gemeinden gehört, für die er im Ganzen verantwortlich ist, sodas es ein Unding wäre, wenn er Gemeinderat einer einzelnen Gemeinde wäre. Zu allen Beratungen des Bürgermeisters mit den Gemeinderäten, bei denen das Gesetz eine Mitwirkung des Beauftragten vorsieht, muß er eingeladen werden. Aus dieser Aufzählung ergibt sich bereits, daß die verantwortungsvollste Entscheidung in der Berufung der Bürgermeister und Gemeinderäte beruht.

Das Gesetz sah Ausführungsbestimmungen darüber vor, wer im Sinne der Gemeindeordnung Beauftragter der NSDAP ist. Diese Verordnung ist nun vor einigen Tagen ergangen. Der Führer und Reichskanzler hat sich für die Stadt München die Befugnisse eines Beauftragten der Partei selbst vorbehalten. Das ist nicht nur eine große Ehre und Auszeichnung für München, sondern dadurch wird auch festgelegt, daß München als Geburtsstätte der Partei auch ferner der Sitz der eigentlichen Parteiführung bleiben soll. Damit tritt es gewissermaßen als zweite Hauptstadt des Reiches neben Berlin. In dem Entschluß des Führers ist aber noch mehr enthalten, denn er zeigt an diesem Beispiel an sich selbst, wie außerordentlich wichtig er die Bestimmungen der Gemeindeordnung nimmt. Damit gibt er gleichzeitig allen anderen Beauftragten der Partei im ganzen Reich das Beispiel, es mit der Erfüllung ihrer Aufgaben so ernst wie möglich zu nehmen.

Entsprechend der Parteiführung ergab es sich ganz von selbst, daß der Kreisleiter der Partei für alle Landgemeinden und kleinen Städte seines Amtsbezirks der für die Gemeinde Beauftragte ist. In den Stadtkreisen ist dies der Leiter der Partei der betreffenden Stadt. Bei dem Zusammentreffen von mehreren Kreisen der Partei in einem Stadtkreis wird ein Kreisleiter bestimmt. Ist der Kreisleiter selbst Beamter, Angestellter oder Arbeiter bei der Stadtverwaltung, kann er die Funktion als Gemeindebeauftragter ebenso wenig übernehmen, wie Angestellte, Beamte oder Arbeiter der Stadt Gemeinderäte sein dürfen. In derartigen Fällen tritt der Gauinspektor ein. Wichtig ist auch noch die Bestimmung, daß der Gauleiter dem Beauftragten Anweisungen geben und in einzelnen Fällen selbst an ihre Stelle in Tätigkeit treten kann. Daraus ergibt sich deutlich, daß die Gemeindebeauftragten der NSDAP, von örtlichen Gesichtspunkten oder sonstigen Rücksichtnahmen, die sich aus der Kleinheit der Verhältnisse manchmal von selbst ergeben werden, freigestellt werden und nur die großen politischen Gesichtspunkte der Partei ausschlaggebend sein sollen. Die Stellung des Gemeindebeauftragten der Partei ist also von außerordentlicher Bedeutung.



Ludendorff 70 Jahre alt

Der berühmte Heerführer und Stratege des Weltkrieges, General der Infanterie Erich Ludendorff, vollendet am 9. April sein 70. Lebensjahr.

Ludendorff wurde 1865 auf dem Gute Pruzennia bei Schwesenz (Provinz Posen) geboren. Im Kadettenkorps erzogen, trat er 1882 in die preussische Armee, und zwar in das Infanterie-Regiment 57 in Wesel, ein. Nach einigen Jahren schied er aus dem Landheer aus und trat zum Seebataillon über, wo er drei Jahre Dienst tat. Unter Beförderung zum Premierleutnant wurde er dann zum Leib-

Kurze Tagesübersicht

Die Wahlen zum Volkstag in Danzig, dem Landesparlament der Freien Stadt mit 72 Abgeordneten, gestalteten sich zu einem Bekenntnis für das neue Deutschland.

Mit einer eindrucksvollen Feierstunde am Samstag abend richtete Dr. Göbbels den letzten Ruf an die Danziger Wähler.

Das französische Kabinett beschloß die Einziehung der jetzt zur Entlassung kommenden Jahrgänge des Militärs bis Mitte Juli.

Zur Vorbereitung der Konferenz in Stresa tritt am Montag das englische, am Dienstag das französische Kabinett zusammen.

Der mandchurische Kaiser ist zu einem Besuch beim japanischen Kaiser in Tokio eingetroffen.

Grenadier-Regiment 8 in Frankfurt an der Oder veretzt. Bald danach wurde er zur Kriegsakademie kommandiert und kam 1895 in den Großen Generalstab, dem er bis zu seiner Ernennung zum Kommandeur des Füsilier-Regiments 39 in Düsseldorf angehörte. Im April 1914 wurde er als Generalmajor Brigadefeldkommandeur in Straßburg.

Bei Ausbruch des Krieges wurde Ludendorff Oberquartiermeister der 2. Armee (von Bülow). Bei dem Kampf um die Festung Lüttich übernahm er, als der Kommandeur einer angreifenden Brigade neben ihm fiel, deren Kommando und stürmte an ihre Spitze die Stadt und Zitadelle Lüttich. Am 22. August 1914 wurde er als Chef des Stabes an die Seite des zum Oberbefehlshaber der Ostarmee ernannten Generals von Hindenburg berufen. Es gelang den beiden großen Strategen, durch die Schlacht von Tannenberg und die nachfolgenden großen Schlachten Ostpreußen vom Feinde zu befreien und den Krieg weit ins Russische Reich hinein vorzutragen.

Zu noch größeren Aufgaben wurde Ludendorff berufen, als Generalfeldmarschall von Hindenburg am 29. August 1916 als Nachfolger des Generals von Falkenhayn zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannt wurde. Unter Beförderung zum General der Infanterie wurde Ludendorff sein Erster Generalquartiermeister. In dieser Stellung wurde er der Organisator des deutschen Verteidigungskampfes gegen eine Welt von Feinden. In den Jahren 1916 und 1917 gelang es ihm, den Abwehrkampf erfolgreich durchzuführen. Nach dem völligen Zusammenbruch Rußlands versuchte er, durch einen großen Offensivstoß im Westen das siegreiche Ende des Weltkrieges herbeizuführen. Er erzielte dabei zwar im März bei Amiens, im April in Französisch-Flandern und im Mai 1918 am Chemin des Dames große taktische Erfolge; jedoch reichten die Kräfte der seit vier Jahren kämpfenden deutschen Truppen nicht mehr aus, um gegen die seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg übermächtigen Feinde den Enderfolg zu erreichen.

Unter dem Druck der politischen Parteien und der Reichsregierung wurde Ludendorff am 21. Oktober 1918 vom Kaiser seines Postens enthoben. Nach Ausbruch der Revolution stellte er sich, ebenso wie Feldmarschall von Hindenburg, den neuen Machthabern zur Verfügung; die Regierung legte ihm jedoch nahe, Deutschland zeitweilig zu verlassen, da sie ihn nicht vor Nordanschlägen schützen könne. Ludendorff ging nach Schweden, wo er seine Kriegserinnerungen schrieb, und kehrte im Frühjahr 1919 nach Deutschland zurück. Hier wurde gegen ihn als den „Kriegsverlängerer“ ein Kesseltreiben der Links- und Mittelparteien veranstaltet. Ludendorff und Hindenburg wiesen jedoch bei ihrer Vernehmung vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß am 18. November 1919 die Anwürfe zurück, daß frühere Friedensmöglichkeiten gegeben gewesen wären, die ihnen durchkreuzt worden seien.

Nach dem Kapp-Putsch im März 1920, mit dem Ludendorff sympathisierte, ließ er sich in München nieder, und trat dort den Kreisen nahe, die sich seit 1920 um Adolf Hitler gesammelt hatten. Am 8. November 1923, als Adolf Hitler die Reichsregierung für abgesetzt erklärte und eine Nationalregierung ausrief, wurde Ludendorff als Befehlshaber einer Nationalarmee ausgerufen. Am 9. November war er Teilnehmer des Zuges zur Feldherrnhalle, der unter den Augen der Reaktion ein blutiges Ende nahm, blieb aber wie durch ein Wunder unverletzt. Während Hitler bald darauf verhaftet wurde, blieb Ludendorff auf freiem Fuße und wurde im März 1924 vom Münchener Volksgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen.

Auf der Reichswahlliste der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung wurde Ludendorff im Mai und Dezember 1924 in den Reichstag gewählt. Nach dem Tode Friedrich Eberis trat er im ersten Wahlgang als Präsidentschaftskandidat auf, kandidierte im zweiten Wahlgang (gegen Hindenburg) jedoch nicht mehr. Ludendorff zog sich dann von der öffentlichen Politik zurück und widmete sich dem Kampf gegen Freimaurertum und Judentum. Am 15. April 1932 feierte Ludendorff sein 50jähriges Militärjubiläum.

Vorbereitungen für Stresa

Bericht Edens am Montag vor dem Kabinett

London, 6. April. Lordsegelebewahrer Eden ist am Freitag am späten Abend auf dem Viktoriabahnhof angekommen, wo er von Staatssekretär Sir John Simon, dem Geschäftsträger der Sowjetunion und Frau Eden empfangen wurde. Eden erklärte er sei davon überzeugt, daß die letzten Reisen britischer Minister wirklich von Nutzen gewesen seien.

Die Vorbereitungen der englischen Regierung für die Dreimächte-Konferenz in Stresa sind in vollem Gange. Auf Montag ist eine Sitzung des Gesamtkabinetts eingeberufen, um den Gesamtbericht entgegenzunehmen. Im Unterhaus wird Sir John Simon voraussichtlich am Montag die Namen der englischen Vertreter für Stresa mitteilen. Erst am Dienstag wird er im Parlament eine Erklärung über seinen und Edens Besuche in den europäischen Hauptstädten abgeben.

Ueber den voraussichtlichen Inhalt des Berichtes von Eden meldet „Daily Telegraph“ u. a., der Vordirektionsleiter der Zeitung, daß die Auffassung gelte, daß Europa immer noch genügend Zeit habe, um den zukünftigen Frieden auf kollektiver Grundlage zu organisieren. Die Lage sei zwar beunruhigend, aber die Gefahr, daß Europa plötzlich in Flammen stehe, sei keineswegs so groß, wie man sich allgemein eingeredet habe. Polens Opposition gegen ein kollektives Sicherheitssystem könne vielleicht vermieden werden; auch sei keineswegs sicher, daß Deutschland im letzten Endes bei seiner gegenwärtigen Stellungnahme bleiben würde. Eden habe in keinem der Länder, die er seit der Abreise besucht habe, irgend welche aggressiven militärischen Absichten feststellen können. Ueberall wünsche man ernstlich die Organisation des Friedens. England könne Europa helfen, dieses Ziel zu erreichen, das die Grundlage jeder britischen Politik ist. Voraussetzung sei, daß England weiterhin sich ebenso aufrichtig und entschlossen zeige. Eden werde voraussichtlich in seinem Bericht ferner auf Grund seiner Besprechungen feststellen, daß man die Wahl habe zwischen verschiedenen Grundlagen, auf denen das europäische Sicherheitssystem errichtet werden könnte. Damit sei die Möglichkeit gegeben, dem Rechnung zu tragen, daß Länder wie Polen und Deutschland dem bisher geplanten System gegenseitiger Unterstützung entgegenbrächten.

Bernon Bartlett, der diplomatische Mitarbeiter der „News Chronicle“, erklärt, das Ergebnis der Rundreise Edens erlaube den Schluß, daß das Vertrauen in Regionalpakte überall stark abgenommen habe. Der Ostpakt sei tot. Der geplante Naheinstimmungspakt für Österreich liege auf dem Totenbett, nachdem Hitler dargelegt habe, daß man den Österreichern nicht erlaube habe, über ihr eigenes Schicksal und ihre Zukunft abzusprechen. Der Locarnopakt trage auch nicht allzu viel dazu bei, ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen. Frankreich und Deutschland seien nämlich beide so eng mit Osteuropa verbunden, daß bei einem Krieg im Osten sie zwangsläufig mit hineingezogen würden und ihrerseits wieder Großbritannien mit hineinziehen würden. Weder die britische noch andere Regierungen seien geneigt, für alle Zeiten den Status quo in Europa zu garantieren. Das sollte aber auch gar nicht notwendig sein. Nötig sei vielmehr eine Vürgschaft für das kollektive Vorgehen gegen irgend ein Land in Europa, das versuchen sollte, den Status quo durch Krieg zu ändern oder aufrechtzuerhalten.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ will erfahren haben, daß sich der englische Großgesandte Eden nach seiner Rückkehr gegen den Ostpakt in seiner ursprünglichen Form ausgesprochen habe, der ihm nach der Haltung Polens und Deutschlands undurchführbar erscheine. Man denke englischerseits, so behauptet wenigstens der französische Korrespondent, an zweierlei Lösungen, erstens die Bildung eines „Verteidigungsbloks“ (?) gegenüber Deutschland, zweitens den Abschluß eines neuen Europapaktes, der im Grunde nichts weiter als eine Wiederholung des Völkerbunds paktes darstellen würde, mit dem Unterschied, daß er dem von Deutschland vorgeschlagenen System zweiseitiger Verträge übergeordnet sein würde.

Mussolinis Programm für Stresa Eine Reuter-Mitteilung

London, 8. April. Reuter meldet, daß der italienische Ministerpräsident Mussolini bereits einzelne Vorschläge für die Konferenz der drei Mächte in Stresa aufgestellt habe, und gerücheltweise verlautet, daß diese Vorschläge bereits unterwegs an die englische und die französische Regierung seien. In unrichtigten Kreisen glaube man, daß der Duce etwa folgendes Programm für Stresa ins Auge gefaßt habe:

1. Die Stellungnahme Englands, Frankreichs und Italiens zu dem einseitigen Vorgehen Deutschlands soll festgelegt werden, in anderen Worten, die politische Linie ist festzulegen, die diese drei Mächte verfolgen werden, wenn der französische Appell auf der Sondertagung des Völkerbundsrates in Genf zur Sprache kommt.
2. Entscheidung über eine gemeinsame Front der drei Mächte, um das im englisch-französischen Communiqué vom 3. Februar niedergelegte Programm zu verwirklichen. Hierzu gehört eine Prüfung des gesamten europäischen Fragenbereiches, wie er sich aus den Berichten des englischen Außenministers Sir John Simon und des Vordirektionsleiters Eden über die Besprechungen in Berlin, Moskau, Warschau und Prag ergibt.
3. Die Frage der österreichischen Unabhängigkeit und die besten Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung.

4. Eine Erwägung der Möglichkeit, gewisse Bedingungen in den Friedensverträgen mit Österreich, Ungarn und Bulgarien abzuändern.

Eine Befestigung dieser Vorschläge sei bisher nicht zu erlangen gewesen. Es sei jedoch wahr, daß sowohl das Londoner Programm, wie auch das Vorgehen Deutschlands eine große Rolle auf der Konferenz in Stresa spielen werden. Der vierte Vorschlag für eine Abänderung der österreichischen, ungarischen und bulgarischen Friedensverträge würde bedeuten, daß Mussolini denjenigen Staaten, die keine „einseitigen“ Maßnahmen zur Abänderung dieser Verträge ergriffen hätten, eine „besondere Anerkennung“ gewähren müsse.

„Daily Telegraph“ zufolge würde diese Anerkennung darin bestehen, daß die genannten Staaten von den Militärklauseln ihrer Verträge befreit werden sollten. Österreich habe bisher noch keine amtliche Forderung nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht vorgebracht, aber man glaube in einigen Kreisen, daß die österreichische Regierung die Angelegenheit auf der nächsten Völkerbundtagung zur Sprache bringen werde.

Vor der Konferenz von Stresa

London, 7. April. Im Gegensatz zu früher zeigt sich jetzt in unrichtigten britischen Kreisen das Bestreben, der Konferenz von Stresa große Bedeutung beizumessen. Man nimmt an, daß auf dieser Konferenz die gesamte Lage in Europa gründlich durchgesprochen werden wird. Es ist noch nicht endgültig beschlossen worden, wer Großbritannien auf der Konferenz vertreten wird. Simon hat bereits mit dem italienischen Botschafter in London, Grandi, eine Unterredung über das Programm der Konferenz von Stresa gehabt. In maßgebenden britischen Kreisen wird angenommen, daß die Erörterungen in Stresa damit beginnen werden, daß von britischer Seite ein Bericht über die Ergebnisse der Reise Edens vorgelegt wird, und daß darauf allgemeine Erörterungen über die künftige Politik der westlichen Mächte folgen werden. In amtlichen britischen Kreisen wird erklärt, daß im Gegensatz zu umlaufenden Gerüchten kein Memorandum Mussolinis im britischen Außenamt eingegangen sei. Zugleich wird jedoch darauf hingewiesen, daß Besprechungen über die Punkte, die in Stresa erörtert werden sollen, zwischen London und Rom stattgefunden haben.

Inzwischen haben sich während des Wochenendes erneut Stimmen geltend gemacht, die dazu angetan sind, einer einseitigen Beeinflussung der Öffentlichkeit im Sinne der unerwünschten Werbetätigkeit der Sowjetregierung sowie der Verkennung der Beweggründe der deutschen Politik entgegenzuwirken.

Paris, 7. April. Das Interesse der Presse wendet sich immer stärker den bevorstehenden Besprechungen in Stresa zu. Aber es fehlt ihr augenscheinlich noch an einheitlichen Richtlinien. Einige Blätter verurteilen, die beteiligten Regierungen scharf zu machen, indem sie behaupten, daß man in Deutschland schon nicht mehr mit irgend welchen seltenen Beschlüssen in Stresa rechnen könne. Ein Teil der Presse ist in dem gleichen Sinne bestrebt, England vor neuer Nachgiebigkeit oder Unentschlossenheit zu warnen. Auf alle Fälle macht sich bisher noch das Fehlen eines bestimmten Planes bemerkbar. Der „Temps“ meint, daß der sog. informatorische Abschnitt seit der Rückkehr Edens nach London abgeschlossen sei und daß die Regierungen von England, Frankreich und Italien nun endgültig Stellung zu den in Stresa zu lassenden Beschlüssen nehmen würden. Das „Journal“ erwartet bis Dienstag nähere Nachrichten über den Eindruck, den der französische Plan vom 30. März in den interessierten Ländern gemacht habe. Wichtig sei vor allen Dingen, den Standpunkt der Sowjetunion und der Kleinen Entente kennenzulernen.

Danzigs großes Erlebnis

Die Feierstunde mit Dr. Göbbels

Danzig, 7. April. Mit einer tiefergreifenden, unvergeßlichen Feierstunde unter freiem Himmel hat am Samstagabend der Danziger Wahlkampf seinen Abschluß gefunden. Dr. Göbbels sprach zur Danziger Bevölkerung und brachte ihr den Gruß des Reiches und des deutschen Volkes. Wohl 50.000 Menschen füllten den riesigen Platz und die umliegenden Straßen. Nachdem der Danziger Gauleiter Forster noch einmal für ganz Danzig das Gelübnis unwandelbarer Treue zum Deutschtum abgelegt hatte, sprach Reichsminister Dr. Göbbels. Er kündete von dem neuen Reich der Macht und der Ehre, von dem Führer und der Bewegung, die dieses Reich schufen und immer wieder bekannten sich die Massen der Danziger Bevölkerung jubelnd zu der Idee dieses stolzen Deutschland. Jedesmal wenn Dr. Göbbels den Namen Adolf Hitler aus sprach, gab es ein Brausen der Stimmen, und als er von der neuen deutschen

Armee sprach, konnte der Jubel keine Grenzen. Auf den langgestreckten historischen Danziger Wällen hatten sich die Kolonnen formiert, wurden die Fackeln entzündet und dann ergoß sich ein breiter Feuerstrom in die Stadt, vorbei am „Danziger Hof“, wo Dr. Göbbels, umgeben von der ostmärkischen Führerschaft der Partei, den Fackelzug abnahm.

Der Wahlsonntag in Danzig

Danzig, 7. April. Nach einer Woche jubelnder Hochstimmung, die mit der gestrigen Kundgebung vor Reichsminister Dr. Göbbels ihren Höhepunkt erhaltene hatte, brach bei klarem, kühlem Wetter der Wahlsonntag für Danzig an. Punkt 9 Uhr morgens setzte in den 188 Wahllokalen in der Stadt Danzig sowie in Zoppot und in den drei Landkreisen Höhe, Niederung und Wender die Wahl mit voller Stärke ein. Bereits kurz nach 9 Uhr standen in den meisten Wahllokalen die Danziger Wähler und die Auslands-Danziger Wähler in langen Schlangen an, um ihrer Wahlpflicht zu genügen. Dieser Andrang hielt den ganzen Vormittag und auch mittags über unvermindert an, so daß in den meisten Wahllokalen um 14 Uhr bereits 60 bis 70 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben hatten. Mittags um 12 Uhr fand auf dem Heumarkt eine öffentliche Begrüßungskundgebung für die in Danzig eingetroffenen, etwa 6000 sogenannten Auslands-Danziger statt. Die stärkste Gruppe hat Hamburg gestellt, die mit einem eigenen Banner aufmarschierte. Ueber 2000 Danziger sind aus Berlin und Stettin gekommen.

Erste stützende Ergebnisse

Danzig, 7. April. Die Danziger Wahlhandlung ist um 6 Uhr abends geschlossen worden. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Schon die ersten aus dem Landgebiet vorliegenden Einzelergebnisse ließen erkennen, daß die NSDAP auf dem flachen Lande offenbar einen Erfolg erzielt hat, der selbst den überwältigenden Wahlsieg bei den Kreistagswahlen im November vorigen Jahres noch übertrifft.

Um 21.45 Uhr lagen aus 360 Bezirken (Stadt und Land gemischt) von insgesamt 447 Bezirken folgende Ergebnisse vor:

Abgegebene Stimmen	159 400
Davon entfielen auf	
NSDAP	98 265
Sozialdemokraten	24 134
Zentrum	18 134
Kommunisten	5 413
Liste Weiße	6 115
Liste Pietsch	342
Polen	5 142
Ungültig	1 219

Rudolf Heß über Ostfragen

Im Rathaus Zoppot leitete der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, seine Rede mit dem Hinweis ein, daß Danzig urdeutsch sei, aber demjenigen, der aus dem Reich komme, gar nicht deutsch anmuse weil er zurückverjetzt werde in die in Deutschland völlig überwundene Zeit des Parteienkampfes. Die große Frage, die für die Danziger in dieser Wahl gestellt sei, laute: Wollt Ihr Euch der Heimat, wollt Ihr Euch Deutschland angleichen? Der deutsche Arbeiter ist kein Proletarier mehr, er ist einfach Deutscher, er ist eines der wertvollsten Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft. An Stelle von Verbitterung und Haß ist in Deutschland ein neuer Glaube getreten: Der Glaube an die Notwendigkeit der Gemeinschaft und der Glaube an die Führer dieser Gemeinschaft.

Auf Fragen der Außenpolitik übergehend, erklärte Rudolf Heß: Sie wissen, daß selbst heute noch da und dort in der Welt Deutsche mehr oder weniger als vogelfrei behandelt werden können. Sie wissen, daß es heute noch vorkommt, daß Menschen deutschen Blutes in Gerichtsverfahren, die nach dem Urteil englischer Rechtsanwälte keine einwandfreien Gerichtsverfahren sind, süßend auf unwahren, durch Fälschungen erpreßten Aussagen zum Tode verurteilt oder zu jahrzehntelangen Zuchthausstrafen verurteilt werden können. Nichts spricht aber so sehr für die Friedensliebe des heutigen Deutschlands als die Tatsache, daß es keine Mittel nicht so zum Schutze seiner Söhne einsetzt, wie es England, Frankreich, Italien im gleichen Falle getan haben würden. Deutschland legt sich diese unerhörte Zurückhaltung auf, um den Frieden Europas nicht zu gefährden.

Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

Recht und Ordnung

XIV.

Europa hatte eine neue Sensation.

Die italienischen Telegraphenagenturen funkten es in alle Welt hinaus, daß der langgesuchte Mörder der Amerikanerin Helen Swift, der Arzt Dr. Antonio Stradella aus Venedig in der Sowjet-Union unter dem Schutze der Bolschewiken sich aufhalte. Italienische Kriminalisten unter der Führung von Dr. Lombroso seien im Flugzeuge nach Odessa unterwegs, um die Nachforschungen an Ort und Stelle aufzunehmen und ihn gegebenenfalls zu verhaften.

Diese Nachrichten der italienischen Telegraphenagenturen wirkten wie eine Bombe. In erster Linie in Venedig, das naturgemäß an diesen Ereignissen den allergrößten Anteil nahm.

Oberst Fermati war im Flugzeug von Rom nach Venedig geeilt, um von hier aus unerbittlich die Ermittlungen aufzunehmen. Die ganze venetianische Geheimpolizei war in höchste Alarmbereitschaft gesetzt worden.

Der Gewaltige der römischen Polizei hatte vorher noch ein kleines Erlebnis, das ihn beinahe um alle Chancen seines Fluges nach Venedig gebracht hätte. Als er das Präsidialgebäude verließ, um im Auto zum Flugplatz zu fahren, war ein junger Mann an ihn herangetreten, der augenscheinlich bemüht war, ein Anliegen vorzutragen. Oberst Fermatis scharfes Soldatenauge hatte aber, trotz der Eile, in der er das Auto zu besteigen versuchte, mit einem Blick erkannt, daß der junge Mann die rechte Hand

in der Manteltasche hatte. Ein höchst verdächtiges Zeichen in der Zeit anarchistischer Verbrechen.

Blitzschnell hatte er die Situation erfaßt, und bevor noch der Bittsteller sein Anliegen vorbringen konnte, traf ihn ein mächtiger Faustschlag Fermatis im Gesicht, der ihn zu Boden streckte.

Eine kleine Aufregung entstand. Carabinieri, die das Auto begleiteten, hatten den jungen Burischen im Ru gefesselt und ihn in das Präsidialgebäude gebracht, wo sich alsbald herausstellte, daß in der rechten Manteltasche ein scharfgeschliffener Dolch sich befand.

*

Das venetianische Präsidialgebäude glich an diesem Tage einem Ameisenhaufen, der in fieberhafte Bewegung geraten war.

Dr. Lombroso selbst war von diesen Ereignissen überrascht. Das umso mehr, als in den letzten Wochen von anonymen Seite eine Anzeige eingelaufen war, die mit Bestimmtheit von einer Spur in Spanien wissen wollte. Außerdem legte die Staatsanwaltschaft in Ampezzo offenbar großen Wert darauf, die Täterschaft des Dr. Antonio Stradella als gegeben hinzunehmen, weil alle Nebenspuren sich als nicht zutreffend erweisen hätten.

Das war am 4. Dezember 1922.

Dr. Lombroso mußte zugeben, daß die Staatsanwaltschaft in Ampezzo nicht so ganz im Unrecht war. In ganz Italien hatten sich keine Anhaltspunkte für die Anschuldigung des Dr. Stradella auffinden lassen. Wo immer man auch die Ränke der anarchistischen Organisation zu erforschen versuchte, ergab es sich, daß keine einzige Spur auf die Ermordung von Wirtin Helen Swift führte. Alle Kombinationen seitens Fermatis und Dr. Lombroso waren daher zur Erfolgslosigkeit verurteilt.

Nur einer war es, der unentwegt an seinem Standpunkt festhielt. Das war der österreichische Kriminalpsychologe Dr. Stefan Gutdeutsch, der in einer neuen Aufschärfung über den Fall Helen Swift im „Wiener Journal“ die Täterschaft Stradellas in Abrede stellte.

Aber was nützte das alles? Wenn der Staatsanwalt in Ampezzo sich diesem Gutachten nicht anschloß, dann waren die venetianischen Behörden verpflichtet, den Fall Stradella aufs neue aufzugreifen.

So standen die Dinge, als in Rom das Attentat auf Oberst Fermati missglückte und der alte Baudegen selbst sich anschickte, Venedig im Flugzeuge zu erreichen.

*

In Venedig wurde eine schwere dreimotorige Zunkersmaschine für den Flug Lombrosos nach Odessa bereitgehalten.

Eine kurze Besprechung war dem Fluge vorausgegangen.

Oberst Fermati klopfte dem erprobten Dr. Lombroso freundschaftlich auf die Schulter. „Das Vaterland legt das Vertrauen in Sie, Herr Kommissar, daß Sie das schwerste Verbrechen, das Italien in den letzten Jahren beunruhigt hat, aufklären werden. Sie haben alle Vollmachten. Der Herr Ministerpräsident hat im Einvernehmen mit der Sowjet-Union alle Voraussetzungen geschaffen, die einer Festnahme des Dr. Stradella Ersola versprechen.“

Dr. Lombroso sah den alten Soldaten zweifelnd an. „Ja werde meine Pflicht tun, Herr Oberst.“

Die Propeller sausten. Die Motore knatterten. Fünf Minuten später schwebte die dreimotorige Zunkersmaschine D 1002 über dem Flugplatz von Venedig und flog in Richtung Belgrad—Bukarest—Odessa davon.

Luigi Bortolo, der Präsident der venetianischen Polizei, schmunzelte ein wenig. „Sie sehen, Herr Oberst Fermati, daß hypothetische Betrachtungen immer außerordentlich gefährlich sind. Auch dieser Österreicher ist kein Fäulnisfäher, der nach Bedarf sein Publikum mit neuen Tricks überfallen kann. Tatsachen! Tatsachen! Herr Oberst Fermati, sind in der Kriminalistik entscheidend. Gratuliere übrigens, die Geschichte vor Ihrem Fluge nach Venedig hätte verflucht böse ausgeben können. „Weiß man schon, wie dieser Burische heißt?“

Oberst Fermati machte eine Handbewegung.

Mings auch in der Erwartung, daß die Mächte, die die Garanten des Rechts in dem betreffenden Gebiete sind, endlich ihrer Verpflichtung nachkommen — wiederum im Interesse des Friedens — auf daß nicht der Glaube an sich greife, daß derartige internationale Verpflichtungen nur auf dem Papier stehen und letzten Endes doch die Macht allein den Schutz von Minderheiten und Staatsangehörigen in fremden Ländern zu garantieren vermag.

Feierliche Versprechungen wie die vierzehn Punkte Wilsons wurden nicht gehalten. Kann es die Welt Deutschland verübeln, wenn es mit größter Zurückhaltung allen Plänen gegenübersteht, in denen Deutschland internationale Verpflichtungen auf sich nehmen soll, ohne eine Gewähr zu haben, daß die Vertragspartner ihren eigenen Verpflichtungen und Versprechungen besser nachkommen wie von 1918 bis heute? Kann es insbesondere die Welt Deutschland verübeln, wenn es allen Abmachungen, an denen Sowjetrußland beteiligt ist, mit abwartender Vorsicht gegenübersteht?

Meistens erscheint es mir fälschlich und für die Betreffenden anständiger, wenn wir in den politischen Verantwortlichen der Sowjetunion Bolschewistische Führer sehen, die ihr Amt im Staate benutzen, um mit seiner Hilfe das politische Programm des Kommunismus in die Tat umzusetzen, als wenn wir in ihnen Politiker sähen, die heute jenes Programm verleugnen, das sie an die Stelle gebracht hat, auf der sie stehen.

Das Programm, das die politischen Machthaber der Sowjetunion weltanschaulich verfolgen, geht über den Rahmen Sowjetrußlands hinaus. Es ist die Weltrevolution, während das Programm des Nationalsozialismus ein Glaubensbekenntnis der Deutschen ist, das allein für Deutschland seine Gültigkeit hat, von dem aber kein führender Nationalsozialist etwas glaubt, er müsse es zum Programm für andere Völker machen. Gesehen wir den bolschewistischen Führern eine in ihrem eigenen Sinne anständige und gerade Haltung zu, so müssen wir also in ihnen die Vorkämpfer der Weltrevolution sehen. Daß sie damit als Vertragspartner einer internationalen Abmachung zur Erhaltung des Friedens in unseren Augen eine schwierige Rolle spielen, dürfte selbstverständlich sein.

Dennoch anerkennen wir die Bemühungen der englischen Staatsmänner um die Schaffung einer dauerhaften Basis eines europäischen Friedens und hoffen Erfolg von ihnen, auch wenn wir uns über die Begleitumstände des englischen Besuchs in Moskau eines leichten Zweifels nicht erwehren können. Es ist nämlich nicht ohne Reiz, zu lesen, wie die Vertreter der Weltrevolution Trinksprüche auf den König von England auswechseln, den Verwandten des Zaren Nikolai, der von Vertretern der gleichen Revolution in Tschaterinburg auf eine in der Weltgeschichte immerhin seltene Weise hingerichtet worden war, nur weil er ein Monarch gewesen ist. Wir können uns nicht denken, daß irgend ein nichttrübsüchtiger Monarch besser in das Prinzip der Weltrevolution hineinpaßt als ein russischer. Die Erinnerung an den Vorgang von Tschaterinburg erzeugt natürlich zusammen mit den jehigen in Moskau gleichfalls gespielten Lied „God save the King“ in uns gefühlsmäßige Dissonanzen.

Wenn das nationalsozialistische Deutschland Verträge abschließt, will es den Glauben haben, daß die Vertragspartner sich genau so innerlich an die Verträge gebunden fühlen wie Deutschland. Denn Deutschland wägt kritisch jede mögliche Auswirkung eines Vertrages ab, bevor es ihn eingeht. Ist es aber einen Vertrag eingegangen, so kann die Welt sich darauf verlassen, daß es ihn unbedingt einhält. Wenn Deutschland nach gerechten Abmachungen mit seinen Nachbarn strebt, so auch auf Grund der guten Erfahrungen, die durch den Vertrag mit Polen gemacht worden sind. Beide Nationen wußten, daß der Vertrag Opfer von ihnen forderte. Beide Nationen brachten sie dem Frieden Europas zuliebe. Der Stellvertreter des Führers schloß mit einem Appell an die Deutschen Danzigs.

Ruf über Staat und Kirche

Köln, 6. April. Am Freitag abend fand in der Rheinlandhalle eine große kulturpolitische Kundgebung statt, an der die Erzieher der Rheinprovinz, sowie Führer und Führerinnen des RbM. und Abordnungen der Deutschen Arbeitsfront teilnahmen. Reichserziehungsminister A. u. H. hielt eine Rede, in der er u. a. zu den religiösen Fragen ausführte:

Jene, die meinen, daß auch eine religiöse Einigung möglich sei, müssen sich darüber klar werden, daß auf den Mann, der diese Frage löste, schon seit 100 Jahren vergeblich gewartet wird. Luther hat nicht gefehlt, und auch die Gegenreformation hat den Kampf nicht gewonnen. Deshalb ist Deutschland weder ein Land des Protestantismus, noch ein Land des Katholizismus. Wenn aber das deutsche Volk in einem einzigen großen Willenseinsatz seine Kräfte zusammenfaßt, dann wird es keine Macht der Erde geben, die dieses Volk wieder in der Geschichte zurückzuwerfen vermag. Adolf Hitler ist bei seiner Ablehnung eines Anpruches religiöser Sendung nicht stehen geblieben, sondern als Führer der nationalsozialistischen Bewegung weitergegangen. Er hat in aller Deutlichkeit den Satz in sein Programm hineingeleitet: Der Nationalsozialismus bekennt sich zum positiven Christentum. Wenn aber in verschiedenen Kreisen geglaubt wird, daß der Streit um kirchliche Dinge fortgeführt werden muß, dann soll er dort ausgehtagen werden, wo der Platz dafür ist. Wir wollen das Kreuz auf den Kirchen schwingen, aber wir wollen das Hakenkreuz auf den Thing- und Sportplätzen leuchten lassen. Wir kommen niemandem ins Gehege und müssen fordern, daß man auch uns bei der Lösung aller Fragen, die wir uns nicht selbst aufgelassen haben, nicht hineinredet. Die Kirche ist nach ihrer ganzen Art auf politische Fragen nicht eingestellt. Wenn wir eine politische Glaubensgemeinschaft haben wollen, warum verlangt man von uns, daß wir uns unferneits auf dem Gebiete der religiösen Fragen betätigen? Zweimal hat der Führer sein Wort gegeben, daß er nicht nur die Kirche, sondern auch ihre Bekennnisse schützen werde.

Wenn aber wie heute in der großen evangelischen Kirche eine volle Einheit über das Bekenntnis nicht erreicht wird, dann ist es natürlich auch für den Staat ungeheuer schwer, sein Wort zu erfüllen. Der Schwierigkeiten, die sich gerade in diesem Punkte uns entgegenstellen, bin ich mir voll bewußt. Aber gerade deshalb will ich, daß alles geschieht, damit die maßgebenden politischen Führer, vor allem die Führer der Jugend, nach dem Befehl des Führers handeln und damit die letzte Möglichkeit denen nehmen, denen es nicht um Gott geht, sondern um eine langsame Unterminierung einer Bewegung, mit der heute und für immer Deutschland auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Ich muß nun heute sagen, daß es nicht mehr angeht, in diesem Punkte zweierlei Marschrichtung zuzulassen. Die Forderung, die sie stellen können, ist die, daß ihnen in ihrem religiösen Empfinden und in ihrer religiösen Zielsetzung von uns keine Schwierigkeiten entgegengestellt werden. Ich erkenne diese Forderung an. Ich stelle die Gegenforderung: Für die Jugend unseres Volkes, die einst in eiserne Geschlossenheit, wenn sie Männer geworden sind, beieinander stehen sollen, muß es heißen: eine Jugend steht unter

einer Flagge, und die sieht da (wobei der Minister auf die an der Kundgebung teilnehmende Hitlerjugend hinwies. Langanhaltender Sturmischer Beifall.) Ich werde in der nächsten Zeit mit verschiedenen Maßnahmen dieser Jugend auch von mir aus noch stärker unter die Arme greifen.

Ich habe ein Wort an die Erzieher des Rheinlandes zu richten: Wer sagt: „Ich stehe zum Staat“, den frage ich: Wo ist der Beweis? Ich will wissen, ob du dafür sorgst, was später kommt. Für die Gegenwart sind Partei und Staat da. Der Erzieher ist für die nächste Generation da. Wenn wir eine Generation weitergeführt haben, wenn wir einmal an einer Generation einen Beweis geliefert haben, dann liegt der deutsche Weg offen.

Dr. Schacht über die Bedeutung der Sparkassen

Berlin, 7. April. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hielt in Berlin die alljährlich stattfindende Generalversammlung ab. Es wurde eine Aenderung der Satzungen beschlossen, mit der eine wichtige Etappe in der Entwicklung des Sparkassenorganisationswesens erreicht ist; bedeutet sie doch vor allem, daß der Deutsche Sparkassen- und Giroverband gleichzeitig als die zuständige Fachgruppe „Sparkassen“ innerhalb der Reichsgruppe 4 „Banken“ und damit innerhalb des Gesamtrahmens des Aufbaues der gewerblichen Wirtschaft anerkannt worden ist.

Der langjährige und verdiente Führer der Sparkassenorganisation, Präsident Dr. Kleiner, ist in den Ruhestand getreten. Gleichzeitig hat der Reichswirtschaftsminister zum neuen Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Ministerialdirektor Dr. Heintze bestellt.

Auf der Tagung betonte Reichsbankpräsident Dr. Schacht, daß durch die erfolgte Umgestaltung der Satzungen der Sparkassen die Möglichkeit geschaffen worden ist, sich innerhalb der deutschen Wirtschaft die ihnen gebührende Stellung zu sichern und auch künftighin nur das eine hohe Ziel zu verfolgen: den Sparkassen zu pflegen, die Sparsparität zu fördern und das angesammelte wertvolle Spargut der Nation in Einklang mit den Zielen der Reichsregierung richtig zu verwalten. Das Anwachsen der Einlagenbestände bei den Sparkassen und die zunehmende Belebung des Spargeschäftes sind, so fuhr Dr. Schacht fort, der Niederschlag der von der Reichsregierung eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die erfreuliche Entwicklung der Dinge beweist klar die Richtigkeit und die Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Durch die steigenden Einlagen werden die Sparkassen in den Stand gesetzt, der örtlichen Wirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Sparkassenorganisation ist einer der härtesten und wichtigsten Pfeiler, auf denen die Reichsregierung das große nationalwirtschaftliche Programm und soziale Werk aufgebaut hat. Bei den deutschen Sparkassen und ihren Leistungen liegt mit zum entscheidenden Teil die Verantwortung für die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung der deutschen Zukunft.

Neubefehlung leitender Stellen bei der Deutschen Reichspost

Der Präsident der Reichspostdirektion in München, Dipl.-Ing. Fleischmann, ist mit der Leitung der Organisations- und Wirtschaftsabteilung des Reichspostministeriums, ferner ist der Oberpostdir. Dr. Schuster im Reichspostministerium mit der Leitung der Reichspostdirektion München beauftragt worden. Der Leiter des Berliner Fernamts, Oberpostdir. Bartisch, ist zum 1. Mai mit der Leitung der Reichspostdirektion in Münster (Westfalen) beauftragt worden.

Wieder einmal böswillige Gerüchelmacherei im Ausland

Berlin, 7. April. In ausländischen Zeitungen verschiedener europäischer Länder sind am Samstag Meldungen des Inhalts erschienen, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ SSW-Rufe ausgesandt habe und in den Ozean abgestürzt sei. Geradezu grotesk aber wider diese Gerüchte, wenn man dann weiter liest, daß an Bord des nach Südamerika fahrenden Luftschiffes sich ausgerechnet vier Tage vor seiner Hohezeit Ministerpräsident General der Flieger Hermann Göring und seine zukünftige Gattin Frau Emmi Sonnemann befinden hätten und daß beide das Opfer des angeblichen Zeppelin-Unfalles geworden seien. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Samstag in Friedrichshafen gestartet ist, steht in ständiger funktentelegraphischer Verbindung mit Hamburg und hat erst am Sonntag mittag seine letzte Positionsmeldung von Kap Palos an der spanischen Küste gegeben. General Göring besand sich zu der Zeit des angeblichen Zeppelin-Unfalles auf einer Besichtigungsfahrt in Ostpreußen.

Genau so unfähig sind in London erschienene Meldungen über ein angebliches Attentat, das auf Reichsminister Dr. Göbbels in Danzig verübt worden sein soll.

Holländisches Verkehrsflugzeug verunglückt

Berlin, 7. April. Am Samstag nachmittag verunglückte das planmäßige holländische Verkehrsflugzeug der Strecke Prag—Amsterdam gegen 15 Uhr durch ungewollte Bodenberührung bei Brillon in der Nähe von Kassel. Die zweiföpfige Besatzung und die beiden Fluggäste kamen dabei ums Leben.

Amsterdam, 7. April. Die in Holland erst spät bekannt gewordene Nachricht von der schweren Katastrophe, von der das holländische Verkehrsflugzeug „Deuwerik“ auf der Strecke Halle—Leipzig—Erfurt betroffen wurde, hat in hiesigen Luftverkehrskreisen, insbesondere auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol, große Bestürzung hervorgerufen. Man weiß darauf hin, daß sich das Unglück auf der erst dieser Tage neu eröffneten Luftverkehrslinie Amsterdam—Prag ereignete und daß sich sowohl die umgekommenen Piloten wie das zerführte Flugzeug längere Zeit auf anderen Strecken durchaus bewährt hätten. Die Direktion der Luftverkehrsgesellschaft gibt bekannt, daß die sechs (nicht wie zuerst gemeldet vier, d. Red.) ums Leben gekommenen Insassen die vierköpfige Besatzung, die Fluggesellschaft Soer und Prillewilt, der Bordjunker van der Klein und der Bordmechaniker Welms sowie zwei Fluggäste sind.

„Graf Zeppelin“ auf der ersten Südamerikafahrt 1935

Friedrichshafen, 7. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Samstag um 20.50 Uhr unter Führung von Schiller bei Regenwetter zu seiner ersten diesjährigen Südamerikafahrt nach Pernambuco und Rio de Janeiro gestartet. An Bord befinden sich 16 Passagiere, wovon 4 bis nach Pernambuco und 12 bis nach Rio de Janeiro reisen. Unter den Passagieren befinden sich der Großindustrielle Dr. Edmund Stinnes, Bankier Baron von Schröder-Hamburg und der Urenfabrikant Jungmans aus Schramberg. Auf dieser Fahrt werden außerdem noch befördert 120 Kilo Post und 695 Kilo Fracht, darunter befindet sich eine Sendung von 50 indischen Affen für ein Institut in Rio de Janeiro.

Rekrutierungsbüro in Osterreich

Wien, 7. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat, wiederholt geäußerten Wünschen entgegenkommend, verfügt, daß Bundesangehörige, die

in der bewaffneten Macht der Österreichisch-ungarischen Monarchie im Berufsstand oder nicht berufsmäßig gedient haben und keine höhere Charge als die eines Hauptmannes innehatten, in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September 1935 zur Teilnahme an Truppenübungen des Bundesheeres herangezogen werden können. Die Teilnahme erfolgt ausschließlich auf eigenes Ansuchen und auf eigene Kosten in Zellbachmitteln von vier Wochen. Die Mitnahme eines Reitpferdes, Kraftrades oder Kraftwagens auf eigene Kosten ist gestattet.

Kaisertreffen in Tokio

Tokio, 7. April. Der Kaiser von Mandschukuo, Kanglei, traf in Begleitung des Prinzen Schishibus im Sonderzug in Tokio ein. Auf dem Bahnsteig wurde er vom Kaiser von Japan, den kaiserlichen Prinzen und den Ministern empfangen. Der feierliche Einzug des hohen Gastes und seines Gefolges erfolgte in vier Staatskarossen durch hohe Ehrenbogen. Die Straßen, deren Absperrung von einem riesigen Aufgebot von Militär und Polizei durchgeführt wurde, war von einer dichten Zuschauermenge umfüllt.

Bei einem Festmahl begrüßte der Kaiser von Japan den Kaiser von Mandschukuo mit herzlichen Worten als Verbündeten, worauf Kaiser Kanglei erwiderte, daß Mandschukuo treu zu Japan stehe, dem es immer zu Dank verpflichtet sei. Das Bündnis zwischen Japan und Mandschukuo, das unlöslich sei, trage in hohem Maße zur Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien und in der Welt bei.

Die Stadt Tokio ist anlässlich des kaiserlichen Besuchs festlich beleuchtet. Häuser und Straßen sind mit Flaggen in den Farben Japans und Mandschukuos, mit Transparenten und Ehrenbögen geschmückt. Die Post hat besondere Festmarken herausgegeben. Die Zeitungen erscheinen mit Sonderausgaben. Aus dem ganzen Land strömen zahllose Neugierige in der Hauptstadt zusammen. In den Straßen und besonders vor dem Palast, wo der hohe Gast Wohnung genommen hat, flauen sich ungeheure Menschenmengen.

Berlängerung der französischen Dienstzeit

Paris, 7. April. Der Ministerrat hat am Samstag von 10 bis 13.15 Uhr getagt. Außenminister Laval gab einen ausführlichen Bericht über die schwebenden internationalen Verhandlungen. Für Dienstag ist ein außerordentlicher Ministerrat einberufen, der den Fragen gewidmet sein wird, die Gegenstand der Zusammenkunft in Stresa und der Sitzung des Völkerbundesrates sein werden.

Die Regierung hat ferner beschlossen, das Kontingent von etwa 60 000 Mann, das am 13. April zur Entlassung kommen müßte, so lange unter den Fahnen zu behalten, bis die Ausbildung der im April einzustellenden Rekruten ausreichend fortgeschritten sein wird. Die Entlassung des zurückgehaltenen Kontingents, das zur Bewachung der Grenze und für die Verteidigungsorganisation Frankreichs verwendet werden wird, soll spätestens am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, erfolgen. Die Soldaten dieses Kontingents werden von einem Teil der Reservierungen befreit.

Der französische Handelsminister erstattete anschließend Bericht über seine Verhandlungen mit Brüssel. Er hob hervor, daß die Unterredungen von gegenseitigem Vertrauen getragen gewesen seien, und daß Ministerpräsident von Zeeland erklärt habe, die belgische Regierung beabsichtige, eine Störung des französischen Marktes zu vermeiden. Der Ministerrat billigte das vom französischen Handelsminister in Brüssel abgeschlossene Abkommen.

21 Leichen deutscher Soldaten gefunden

Paris, 7. April. Im Walde von Le Marlière im Südwesten von Amiens sind in einer aus dem Weltkrieg stammenden Sappe die sterblichen Überreste von 20 deutschen Soldaten und einem deutschen Offizier gefunden worden. Die Abteilung für Kriegesgräber des zuständigen Departements hat mit größter Vorsicht die Hundställe freigelegt und die Gebeine der deutschen Krieger auf dem deutschen Feldentrifhof von Maricourt beiseite lassen. Es handelt sich augenscheinlich um einen Zug des sächsischen Leibgrenadier-Regiments, wie man auf Grund der Ausrüstungsgegenstände und der Erkennungsmarken festgestellt zu haben glaubt. Das Lederzeug, die Waffen und die Stahlhähne sind verhältnismäßig gut erhalten. Der Offizier und mehrere Grenadiere hatten in dem Augenblick, in dem der Helmentod sie erreichte, den Stahlhelm auf und wurden stehend gefunden. Der Offizier hielt eine Signalpfeife in der Hand, als warte er auf den Augenblick eines Angriffes. In der Sappe wurden Briefe und Postkarten aus dem Jahre 1918, Bücher und Ordenssignallen gefunden, außerdem mehrere Erkennungsmarken, die, soweit bisher bekannt ist, die Bezeichnung Dresden aufweisen.

Verurteilter amerikanischer Mörder verhaftet

Newyork, 6. April. Der berüchtigte Mörder, Bankräuber und Ausbrecher Raymond Hamilton, hinter dem die amerikanische Polizei seit Jahresfrist durch sechs Südstaaten her ist, konnte jetzt endlich in Texas verhaftet werden. Schon Ende Februar war er bereits einmal in einen Hinterhalt der Polizei in der Nähe von Fort Worth geraten, hatte jedoch nach einem heftigen Feuergefecht unter Zurücklassung der von ihm entführten Geiseln wieder entkommen können. Das Strafregister Hamiltons ist außerordentlich groß. Auf seinem Konto stehen nicht weniger als 263 Jahre Gefängnisstrafen und ein Todesurteil. Die gegen ihn ergangenen Urteile konnten jedoch bisher nie vollstreckt werden, da er jedesmal aus den Gefängnissen ausgebrochen war. Der letzte Ausbruch gelang ihm nach seiner Verurteilung zum Tode, als er bereits in die Todeszelle gebracht worden war.

Gespannte Lage in Brasilien

Rio de Janeiro, 6. April. Der brasilianische Staat Para steht ansehend vor schweren innenpolitischen Kämpfen. Der Interimist des Staates, Major Barata, bedrohte die Mehrheit des Staatsparlamentes, da diese sich gegen eine Wiederwahl ausgesprochen hatte. Nachdem die der Mehrheit angehörenden Abgeordneten aus dem Parlamentengebäude geflüchtet waren und sich in die Kaserne der Garnison von Belem zurückgezogen hatten, ließ sich der Interimist von der Minderheit des Parlamentes zum Staatspräsidenten ausrufen und verhinderte den Zusammentritt des Gesamtparlamentes, wobei er erklärte, nur äußerster Gewalt weichen zu wollen. Die Mehrheit des Parlamentes hat das Wahlgericht angerufen. Zur Durchführung der zu erwartenden gerichtlichen Entscheidung wurden die Heeres- und Marinekräfte von Belem alarmiert. Da man ernste Ereignisse befürchtet, sind alle Geschäfte geschlossen und der Verkehr stillgelegt worden.

Unter dem Einfluß des nördlichen Tiefdrucks ist für Dienstag Fortsetzung des unbeständigen, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigten Wetters zu erwarten.



lokales

Wildbad, 8. April 1935.

Der Volksschüler Otto Pöfller, Sohn des Reichsbahnkassiers Pöfller, wurde auf Grund der im Februar und März abgehaltenen Prüfung in die Aufbauschule Saulgau aufgenommen. Herzlichen Glückwunsch!

Der gestrige Sonntag brachte nochmals mehrere Hundert Sportler und Sportlerinnen in unser Schneegebiet der „Wildbad-Höhen“. Durch den Umschwung der Witterung am Sonntag morgen trafen sie aber keine gute Wetter- und Schneeverhältnisse hier an und gar bald sah man wieder manche der Schneeschuhläufer der Stadt und dem Trockenen zustreben. — Auf dem Adolf-Hiller-Platz spielte gestern nachmittags zum ersten Mal in diesem Frühjahr die P.O.-Kapelle. Unter Leitung ihres Dirigenten Eugen Armbrust brachte sie schneidige und präzise Musik zum Vortrag und erntete mit ihren Darbietungen bei den schon anwesenden Fremden und bei der Bevölkerung viel Beifall. — Den Abschluß des Sonntags bildete ein Kameradschaftsabend in der „Alten Vinde“. Er vereinigte die gesamte P.O. mit ihren Gliederungen und den hier zur Erholung weilenden Saar-Urlaubern zu ein paar schönen, unterhaltenden Stunden. Neben der P.O.-Kapelle trugen auch die Saarländer manches zu dem schönen Verlauf des Abends bei. Zum Schluß wurde auch noch ein Tänztchen gewagt.

Wildbads Turner voran! Innerhalb der Deutschen Turnerschaft werden in letzter Zeit Gerätemannschaftswettkämpfe durchgeführt, um das Geräteturnen zu heben. Am Samstagabend fand ein solcher statt für den Unteren Bezirk des Kreises 8 Nagold in der Turnhalle in Calmbach. Je vier Mann eines Vereins bildeten eine Mannschaft und konnte Wildbad 389 1/2, Engelsbrand 376 1/2, Calmbach 361 1/2 Punkte erreichen. Bester Einzelturner war Fritz Eitel, Wildbad mit 106 1/2 Punkten, ihm folgten Anton Sigt, Wildbad mit 102 1/2, Reichstetter, Engelsbrand 102 1/2, Egon Kiefer, Calmbach 94 1/2, Scheff, Engelsbrand 93 1/2, Gotthilf Treiber, Calmbach 92 1/2, Kalmbacher, Engelsbrand 91 1/2, Wildpret, Höfen 90 1/2, Kern, Wildbad 90, Gent, Engelsbrand 89, Eugen Müller, Calmbach 88 1/2, Carl Bott, Calmbach 86 Punkte. Für je eine Kürfreileistung, die nicht für den Mannschaftskampf gewertet wurde, erhielt Reichstetter, Engelsbrand 18 1/2, Carl Bott, Calmbach 18, Fritz Eitel, Wildbad 17 1/2, Anton Sigt, Wildbad 17, Kalmbacher, Engelsbrand 15 und Scheff, Engelsbrand 14 Punkte. Die Leitung hatte Kreis-Männerturnwart Löbe, Wildbad.

Endzahlen des WSW. 1934-35 im Gau Württemberg-Hohenjollern

Ebenso wie im Reich wird auch in Württemberg das Endegebnis des diesjährigen Winterhilfswerkes das des vorjährigen Winters übertreffen. Das Winterhilfswerk 1933/34 brachte insgesamt 9,2 Millionen RM. Das soeben abgeschlossene Winterhilfswerk 1934/35 hat, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, ein Gesamtergebnis von 9,81 Millionen RM. erbracht. Dies Ergebnis ist vorläufig und wird sich wohl noch um einiges erhöhen.

Diese Summe setzt sich zusammen aus 6.543.000 RM. Geldspenden und Sachspenden im Werte von 3.267.000 RM.

Die bis 28. Februar 1935 eingegangenen Geldspenden betragen: Lohn- und Gehaltsabzüge 1.251.480 RM. WSW-Hausammlungen 222.912 RM.

Die in allen Geschäften usw. aufgestellten Büchsen enthielten 24.668 RM. Eintopfammlungen 1.106.609 RM. Laufende Monatsspenden 962.328 RM. Die WSW-Beranstellungen ergaben 36.529 RM. Die einmaligen Industrie-Spenden betragen 1.531.070 RM. Der Tag der Nationalen Solidarität ergab 224.380 RM. Die Straßenammlungen erbrachten 545.800 RM., wobei 3.139.152 Abzeichen verkauft wurden.

All diese Zahlen sind die Summen der entsprechenden Sammlungen jeden Monats bis 28. Februar 1935. Die Sammlungen des Monats März sind also darin noch nicht inbegriffen.

In Württemberg wurden durchschnittlich 393.387 Bedürftige betreut. An dieselben wurden ausgegeben: 224.000 Zentner Kartoffeln, 15.146 Zentner Mehl, 4184 Zentner Brot, 2135 Zentner Fleisch, 12.599 Zentner Roggen und Weizen, 1509 Zentner Hilfenfrüchte, 2834 Zentner Gemüse, 2431 Zentner Rüden, 4086 Zentner Zucker, 84.430 Stück Eier, 195.121 Liter Milch, 8957 Anzüge, 16.608 Mäntel, 78.578 Paar Schuhe, 49.839 Stück Strick- und Wollwaren, 111.361 Stück Leibwäsche, 96.964 Meter Stoff, 5716 Kilogramm Wolle.

Das Ergebnis von 9,81 Millionen RM. für Württemberg ist als sehr gut zu bezeichnen, obwohl es an der Gesamtsumme des Reiches gemessen nicht so ausreicht. Es ist aber zu beachten, daß die großen Industrie-Spenden, die Lohn- und Gehaltsabzüge der Reichsbeamten und sämtliche Bank- und Postspend-Abbuchungen direkt an das Reich gegangen sind.

Württemberg

Rundgebung der Techniker

Stuttgart, 7. April. Im Mittelpunkt des 1. Goutages der Technik stand am Samstag nachmittags im mit Blumen und Lorbeer geschmückten Festsaal der Viederhalle eine große Rundgebung, an der die führenden Männer von Staat und Partei teilnahmen. Mit dieser Rundgebung traten die im Nationalsozialistischen Bund deutscher Technik geeinten Techniker zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit. Gauamtsleiter Kohrbach hieß die stattliche Versammlung willkommen und gab dann ein Telegramm des Generalsinspektors für die Reichsautobahnen, Todt, bekannt, der infolge dienstlicher Verhinderung in Berlin seine Teilnahme an der Rundgebung ablagen mußte. Sodann ergriff Reichstathalter Gauleiter Murr das Wort, der in kurzen Worten auf die Stellung der Techniker im neuen Reich einging. Kreisleiter und Gaupropagandaleiter Mauerer wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Revolution gerade im Techniker den Menschen vorgefunden habe, der vom politischen Standpunkt aus die These des Liberalismus und Marxismus überwinden konnte, nämlich die, daß die Maschine über dem Menschen steht. Kein Stand in Deutschland könne den unerfüllbaren Leistungswillen der Nation so zum Ausdruck bringen wie gerade der Stand der Techniker. Der Beauftragte für den Zusammenschluß der technischen Organisationen, Gauobmann Ortmann, gab seiner Freude über den Zusammenschluß aller technischen Vereine Ausdruck. Die Zerplitterung war auf dem Gebiete der Technik besonders groß, gab es doch über 200 tech-

nische Organisationen. Gauamtsleiter Kohrbach sprach über die Aufgaben des Amtes für Technik der NSDAP. auf personellem und sachlichem Gebiete.

Stuttgart, 7. April. (Zwei Selbstmorde.) In einem Hause der Poststraße in Berg wurde ein 53 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Es liegt Selbstmord durch Gasvergiftung vor. — Selbstmord durch Einatmen von Gas verübte in einem Hause der Neustraße in Gablenberg ein 50 Jahre alter Mann.

Schramberg, 7. April. (Schuppen abgebrannt.) Am Freitag ist der Schuppen des Güterbeförderers Gustav Weinheimer, in dem sich eine Schmiede und Wagnerei befand, fast restlos niedergebrannt. Der Gebäudes- und Sachschaden dürfte sich auf 3000 bis 4000 RM. belaufen.

Aus dem Gerichtssaal

Unter Anklage der wucherischen Erpressung

Stuttgart, 6. April. Gegen Karl Holoch, der in Stuttgart ein Maltergeschäft und Treuhänderbüro unterhalten hatte, waren wiederholt Anzeigen wegen betrügerischer und erpresserischer Machenschaften erstattet worden. Holoch verstand darauf. Als er im Herbst 1934 aus dem Auslande zurückkehrte, wurde er verhaftet und ein Verfahren gegen ihn eingeleitet. Das Stuttgarter Landgericht verurteilte ihn am 5. Dezember 1934 wegen Sachwuchers und Erpressung zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis, 1000 RM. Geldstrafe und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Holoch bestritt mit seinem gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegten Rechtsmittel, daß ein Mißverhältnis zwischen seinen Leistungen und Forderungen bestanden habe. Der Reichsanwalt hielt die rechtlichen Gesichtspunkte, von denen der Tatrichter ausgegangen war, für unzutreffend. Das Reichsgericht hob das Urteil, das sich in mehreren Punkten als unhaltbar erwies, auf unter Anordnung neuerlicher Verhandlung.

Der Giftmord von Weiskopf

Heilbronn, 6. April. Am Freitag stand, wie schon kurz berichtet, die 29 Jahre alte Anna Kohler und deren Mutter, die Witwe Strohhäcker, von Weiskopf O.A. Baihingen vor dem Schwurgericht wegen Mordes bezw. Unterlassung der Verbrennungsanzeige. Die Kohler war mit dem 1900 geborenen Karl Kohler verheiratet, nachdem sie schon ledig ein Kind von ihm hatte. Sie hatte ihn gegen den Willen der Mutter geheiratet, da er krank. Er hatte ihr aber mit Erschießen gedroht, wenn sie ihn nicht heiratete. Sie bekamen bei der Mutter ein Zimmer, bezahlten indes keine Miete. Beide gingen in die Fabrik, er vertrat aber seinen Lohn größtenteils, verlor dann auch seine Stelle. Seine Arbeitslosenunterstützung vertrat er restlos; er bekam aber wieder Arbeit. Er machte zwei Selbstmordversuche, das zweite mal schnitt ihn die Frau selbst ab. Die Frau wollte sich schließlich scheiden lassen, worauf er ihr drohte, sie mit der Art zu erschlagen. Nun hatten sie auch Ratten, gegen die Gift bisher nicht half. Da lagte der Mann, sie solle Gift beschaffen, er nehme auch einmal. Die Frau beschaffte dies durch einen Bekannten, angeblich zur Rattenvergiftung, legte es aber nicht aus, da damals noch nicht gedrohen war. Am Sonntag, 4. November 1934, war der Mann in den Werktagkleidern im Wirtschaftsraum, da kam die Frau auf den Gedanken, ihn und sich zu vergiften. Sie löste ein Stüchchen Gift aus, nahm jedoch von dem Vorhaben Abstand, da der Mann verjählich heimkam. Tags darauf erkrankte er an einer leichten Lungenentzündung. Am Donnerstag, 8. November, kam es, obwohl die Frau dem kranken Mann alle Dienste erwies und auch ein Schlafpulver beim Arzt holte, zu einem Austritt, wobei er sagte: „Halt bei Maul, oder ich stech dir das Messer in den Ranzen.“ Das brachte die Frau so auf, daß sie das aufgelöste Gift, das sie am Sonntag auf das Schüsselbrett gestellt hatte, holte und in das Wasser mit der Schlaftablette hineingab. Der Mann trank und war nach kurzer Zeit tot. Als die Frau sah, was sie angerichtet, rief sie ihre Mutter und holte den Arzt, der nicht mehr helfen konnte. Bei der polizeilichen Vernehmung hatte Frau Kohler anfangs geäußert, dann aber gestanden. Mit ihrer Mutter habe sie einmal davon gesprochen, sie gebe ihrem Mann doch noch etwas, wovon diese sie aber gewarnt habe. Als das Gift da war, habe sie es ihr als das Gift für die Ratten gezeigt und nach der Tat habe sie ihr gestanden, dem Mann davon gegeben zu haben, sie solle sie aber nicht verraten, den Rest beseitigen — diese verbrannte ihn — und sagen, man habe es den Ratten gegeben. Die Mutter gab nach anfänglichem Leugnen dies zu. Heute will sie aber nichts mehr davon wissen. Der Tatbestand steht objektiv fest, strittig ist nur die Frage, ob die Frau bei der Ausführung der Tat mit Ueberlegung gehandelt hat oder nicht. Zwei Sachverständige bejahen dies, einer stellte es mindestens in Frage. Der Oberstaatsanwalt beantragte wegen Mordes gegen die Kohler die Todesstrafe, gegen Frau Strohhäcker drei Jahre Gefängnis wegen Unterlassung der Verbrennungsanzeige.

Das Schwurgericht fällt folgendes Urteil: Die Angeklagte Anna Kohler wird wegen eines Verbrechens des Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr auf fünf Jahre aberkannt. Ihre Mutter, die Witwe Strohhäcker, wird freigesprochen.

Wegen Totschlags verurteilt

Kottweil, 7. April. Der 58 Jahre alte verwitwete Franz Bedon aus Nendingen, Kreis Tuttlingen, ein gebürtiger Italiener, aber deutscher Staatsangehöriger, war in einer Tuttlinger Brauerei als Heizer beschäftigt. Am 28. Februar 1935 geriet der Angeklagte mit einem Bierbrauer, der ihm vorwarf, die Maschinen zu früh abgestellt zu haben, in Streit. Der Bierbrauer warf den Angeklagten auf den Kohlenhaufen und drohte ihm anscheinend mit einem Eisenrohr, wobei er ausrief: „Du Lump, Dich schlage ich noch tot.“ Als er nun vom Angeklagten abließ und das Kesselhaus verlassen wollte, feuerte der heißblütige Angeklagte mit seinem Revolver, den er fast ständig bei sich trug, sechs Schüsse auf den Bierbrauer ab. Ein Schuß traf

in den Bauch und verursachte eine eitrige Bauchfellentzündung, die nach einigen Tagen den Tod des Bierbrauers herbeiführte. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vierzehnhalb Jahren.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Führer und Reichkanzler empfing den Direktor der Akademie für deutsches Recht, Dr. Lajch und den Schatzmeister der Akademie, Generaldirektor Krendts, zum Vortrag über den Neubau des Hauses des deutschen Rechts, das nach dem Vorschlag des Präsidenten der Akademie für deutsches Recht, Reichsminister Dr. Hans Frank, in München erbaut werden soll. Der Führer genehmigte die sofortige Inangriffnahme der Arbeit.

Der kommissarische Oberpräsident der Rheinprovinz, Staatsrat Terboven, hat eine Polizeiverordnung erlassen, in der es heißt: „Wer mit der Behauptung, kirchliche und dogmatische Grundsätze zu verteidigen, in der Öffentlichkeit gegen die Grundzüge der nationalsozialistischen Bewegung in irgendwelcher Weise verstößt oder sie herabsetzt, verwirkt die Verhängung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 RM. oder ersatzweise eine Zwangshaft bis zu drei Wochen.“

Das vom Kriegsgericht in Saloniki ergangene Todesurteil gegen den Eskadronchef Major Volanin wegen führender Beteiligung am dem Märzaufrührer ist durch Erschießen vollstreckt worden.

Auf seiner Rückreise nach Japan hat der japanische Delegierte der Londoner Flottenkonferenz, Söul, in Korea das Fehlen wichtigen Gepäcks des Flottenmaterials entdeckt. Es wird vermutet, daß das Material gestohlen worden ist.

Staatsrat Dr. Brandes 4. Ganz plötzlich verstarb auf einem Jagdgang der Staatsrat Dr. Dr. h. c. Ernst Brandes-Althof. Vor dem Kriege war er stellv. Landrat in Insterburg und vom Herbst 1914 ab Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußens. Nach dem Kriege war er Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und der preussischen Landwirtschaftskammer.

Auch Schweden will rüsten. Der Chef des Generalstabs unterstreicht in einer Eingabe an die Regierung die Verschlechterung der internationalen Lage und fordert Sofortmaßnahmen zur Vervollständigung der Heeresausrüstung mit Kriegsmaterial verschiedenster Art. Auch für die Flotte wird eine Rüstungsverbesserung gefordert.

Schnelldampfer „Tannenbergs“ vom Stapel gelaufen. Der neue Schnelldampfer „Tannenbergs“, der am 16. März ds. Js. von der 12jährigen Enkelin des verewigten Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, Gertrud v. Hindenburg, gekauft wurde, ist am Samstag auf dem Vingtgelände der Stettiner Oderwerke glatt vom Stapel gelaufen.

Aus der orthodoxen Kirche. Der öumenische Patriarch in Konstantinopel hat beschloffen, sich in freiwillige Gefangenenschaft zu begeben und das Patriarchatshaus in ein Kloster umzuwandeln. Er faßte diesen Beschluß zum Protest gegen die Verordnung der türkischen Regierung, daß Geistliche ihre Amtstracht nicht öffentlich tragen dürfen.

Wirbelsturm in West-Texas. In West-Texas richtete ein von Hagel und Regen begleiteter Wirbelsturm im Quemadotal in der Nähe des Eagle-Passes beträchtlichen Schaden an. 80 Gebäude, darunter ein neuerbautes Schulhaus, wurden von der Gewalt des Sturmes umgerissen und über 100 Häuser heischädigt. Ein Mann wurde getötet, während etwa 200 Personen verletzt wurden.

Sinrichtung in Raumburg. Samstag ist in Raumburg der 24jährige Herber Späthe hingerichtet worden, der wegen Ermordung der Hausangestellten Magdalena Hante in Mahlen bei Ranna vom Schwurgericht zu Raumburg zum Tode verurteilt worden war. Die Ermordete erwartete ein Kind von dem Verurteilten.

Der Sport vom Sonntag

Vorrunde zur Deutschen Fußballmeisterschaft

Gruppe 3:

In Hanau: FC. Hanau 93 — VfB. Stuttgart 3:0

In Nürnberg: SpVgg. Fürth — 1. SV. Jena 2:0

Gruppe 4:

In Karlsruhe: VfR. Mannheim — VfR. Köln 2:3

In Elberfeld: VfL. Venrath — Phönix Ludwigshafen 0:0

Gruppe 1:

In Chemnitz: PSV. Chemnitz — Fort. Justerburg 6:1

In Berlin: Bertha-VSC. — Borussia. Kaisersport Gleiwitz 2:0

Gruppe 2:

In Gelsenkirchen: FC. Schalke 04 — Stettiner SC. 9:1

In Altona: Eintracht. TSV. — Hannover 96 1:3

Länderspiel:

In Glasgow: Schottland — England 2:0

Gauvergleichskampf:

In Stuttgart: Württemberg — Baden 5:6

Auffstiegsspiele zur Gauliga:

Gau Württemberg: VfR. Schwenningen — FC. Tailsingen 4:3

Gau Baden: Am die unterbadische Bezirksmeisterschaft: FC. Kirchheim — Amicitia. Biersheim 3:3.

Gau Südwest: FC. Saarbrücken — PSV. Darmstadt 1:0; Opel Rüsselsheim — Rot-Weiß. Frankfurt 3:2; Germania. Biebr — 04 Ludwigshafen 6:0.

Pflichtspiel im Gau Südwest:

Eintracht. Frankfurt — Wormatia. Worms 0:0.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad, 1. Schwarzwald-Druck, Tel. 204, Nr. 8 35 750

Einzug der Umsatzsteuer für das I. Vierteljahr 1935

am Dienstag den 9. und Mittwoch den 10. April 1935, je zu den üblichen Geschäftszeiten auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 4. Bürgermeisteramt.

Hausfrauenverein.

Dienstagabend 8 Uhr findet im Hotel Bergfrieden ein Vortrag mit Tonfilm statt:

Die deutsche Frau, gesund und schön

Berlosung von netten Geschenken und Kostproben. Zur Deckung der Unkosten zahlen Nichtmitglieder 30 Pfg.

Fräulein, 21 Jahre, mit guten Zeugnissen, sucht Stelle als **Zimmermädchen.**

In letzter Saison in Bad Münster in gleicher Stelle tätig gewesen. Off. unt. G 83 an die Tagblattgeschäftsfl. erb.

2-Zimmer-Wohnung mit Zubehör auf 1. Mai oder später zu vermieten. Auskunft im Bahnhofhotel.

Familiendrucksaachen Wildbader Tagblatt.

Ein aussichtsreiches Angebot

bedarf der vorhergehenden Ankündigung durch ein **Insertat**